

BUCHBESPRECHUNGEN

ERICH REIGROTZKI

SOZIALE VERFLECHTUNGEN IN DER BUNDESREPUBLIK

Schriftenreihe des UNESCO-Institutes für Sozialwissenschaften, Köln, Bd. II, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1956, 302 Seiten, Leinen 23,40 DM.

Erich Reigrotzki hat die vorliegende demoskopische Untersuchung einiger Grundprobleme der gegenwärtigen deutschen Sozialstruktur gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie in Aliensbach und der Divo-GmbH in Frankfurt/Main durchgeführt. Sie nimmt sich vor allem der Intensität kirchlicher Bindungen, der politischen Eingliederung der Bevölkerung der Bundesrepublik unter Berücksichtigung ihrer gewerkschaftlichen Treueverhältnisse sowie im dritten Teil des Bereiches der „freiwilligen“ Organisationen (gemeint sind freizeiterfassende Vereine nichtkämpferischen Charakters) an. Hier scheint dem Rezensenten die Terminologie nicht zutreffend gewählt zu sein, zumal auch politische und gewerkschaftliche Organisationen nicht nur rechtlich, sondern auch sozial auf Freiwilligkeit der Mitgliedschaft beruhen. Rechtlich trifft dies Moment sogar bei den Kirchen zu, wenn auch ihr öffentlich-rechtlicher Charakter und die dadurch bedingte Erschwerung des Kirchenaustritts sozial gesehen die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft beschränken mag. An die demoskopische Überprüfung dieser sozialen Gefügebereiche schließt sich eine Analyse der Freizeitprobleme, vor allem der Stellung der Bundesbürger gegenüber den Massenkommunikationsmitteln (Rundfunk, Zeitung und Kino) an. In einem technischen Anhang werden die Grundlagen der demoskopischen Arbeit, die unter Leitung des UNESCO-Institutes für Sozialwissenschaften durchgeführt wurde, dargestellt.

Der Aussagewert demoskopischer Untersuchungen kann heute als unumstritten gelten. Allerdings können ihre Ergebnisse die Arbeit der theoretischen Soziologie nicht ersetzen. Es ist erfreulich, daß der Verfasser diesen Gesichtspunkt selbst hervorhebt, wenn auch seine Polemik gegen eine Publikation des Frankfurter Instituts für Sozialforschung nicht voll überzeugen kann, zumal sie ihn dann doch wieder in die Nähe der — illusionären — Hoffnung führt, man könne — in Anknüpfung an Felduntersuchungsergebnisse — zu einer Sozialtheorie naturwissenschaftlicher (nominalistischer) Observanz gelangen.

In Wirklichkeit ergibt sich jede zutreffende demoskopische Aussage weitgehend aus der Brauchbarkeit der Fragestellung, von der jeweils ausgegangen wird, die ihrerseits jedoch wieder

aus der theoretischen Überlegung folgt, die vor der Fragestellung angestellt werden muß. Die theoretischen Ansätze seiner Fragestellungen stellt Reigrotzki selbst dar. Sie sind im wesentlichen fruchtbar. Besonders anerkennenswert ist es, daß er, im Gegensatz zu manchen Versuchen der gegenwärtigen deutschen politischen Soziologie, größtes Gewicht darauf legt, bei der Überprüfung der politischen Eingliederung der Bevölkerung der Bundesrepublik nicht lediglich darauf abzustellen, welches Machtspiel zwischen den Spitzen der politischen Parteien und der politischen Pressure-Groups vor sich geht, sondern daneben nach der *Teilnahme* am politischen Leben zu fragen, die sich in der Bevölkerung ergibt. Die Überlegung, die ihn hier leitet, ist eine Folgerung aus demokratischer politischer Theorie, die er im Gegensatz zu vielfältigen Trends der Wissenschaft von der Politik in Deutschland zieht, die noch unter den Nachwirkungen totalitären Denkens leiden. Daher gelangt er zu einer klaren Unterscheidung zwischen dem bloßen Streben nach Macht für die eigene politische Gruppe und echter mentaler Teilnahme an der Politik mit den Subdimensionen der Informiertheit, der Urteilsbereitschaft und der emotionalen Teilnahme. Es ist überaus interessant, daß sich aus dem empirischen Material bei bestimmten Gruppen eine Überhöhung des Machtfaktors gegenüber der mentalen Teilnahme ergibt (z. B. bei den selbständigen Landwirten, den Anhängern bestimmter politischer Parteien, den Katholiken und den Protestanten engster Kirchenbindung), während die demokratisch gesunde, gleichmäßige Verstärkung beider Komponenten bei den Gewerkschaftsmitgliedern und den Anhängern der größeren politischen Parteien klar hervortritt.

Die Untersuchungen des UNESCO-Institutes haben den aus früherer Zeit bekannten und auch theoretisch vermutbaren Tatbestand eindeutig bestätigt, daß sich die Tendenz zur politischen Teilnahme und also auch zu höherer Wahlbeteiligung in gleichem Maße erhöht, in dem die geistige Ausbildung zunimmt. Bei höher bezahlten Arbeitern, die sich also — sei es in der Lehrzeit, sei es durch eigene Arbeit — eine bessere geistige Ausbildung verschafft haben, liegen Wahlteilnahme wie Tendenz zu politischer Anteilnahme wesentlich höher als bei schlecht bezahlten und ungelerten Arbeitern. Die Skala steigt dann bei den Angestellten erheblich an. Es ist keineswegs zufällig, sondern bestätigt diese Gesamttendenz, daß der gewerkschaftliche Organisationstrend diesem politischen Beteiligungsbewußtsein parallel läuft. Wer die Geschichte der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung in den modernen Industrieländern kennt, wird keinen Zweifel daran haben, daß diese Tendenz auch vor 1933 wirksam war und nur in extremen Krisensituationen für deren Dauer überdeckt erschien. Reigrotzkis Erwägung, daß in früheren Jahren die Situation anders gewesen sei und daß diese

heutige Situation im Zusammenhang mit dem schwindenden „Klassenbewußtsein“ stehe, widerspricht auch den Auffassungen jener Theoretiker, die im Klassenbewußtsein einen hohen politischen Integrationswert erkennen. Es ist unmöglich, Klassenbewußtsein und Klassenlage gleichzusetzen. Auch früher war die Erweckung des Klassenbewußtseins und damit eigener politischer Aktivität eine politisch-erzieherische Aufgabe der Arbeiterbewegung gegenüber der eigenen Sozialschicht, aber keineswegs in vollem Maße gelungen. Sie konnte nur in denjenigen Teilen der Arbeitnehmerschaft Erfolg haben, die sich gleichzeitig erheblichen geistigen Anforderungen unterwerfen wollten, also das ihnen durch das öffentliche Erziehungssystem vorenthaltene Bildungsgut — das die Voraussetzung zu politischer Beteiligung bietet — selbst anzueignen entschlossen waren.

Die empirischen Daten des vorliegenden Buches widerlegen die in der politischen Wissenschaft der Gegenwart weit verbreitete These, daß soziale Schicht- und Klassentraditionen für die Parteigruppierungen der Gegenwart keine Rolle mehr spielen. Noch immer ist die SPD eindeutig überwiegend ihren Anhängerkadern nach eine Arbeiterpartei geblieben, während die Arbeiter bei den Christlichen Demokraten einen weit geringeren Anteil der Wählerschaft stellen, als ihrem Gesamtgewicht innerhalb der befragten Bevölkerungskreise entspricht, und ihre Zahl unter den Anhängern der FDP noch weiter abnimmt.

Die eingehende Analyse der politischen Integrationswirkung der *Gewerkschaftsbewegung* führt zu sehr aufschlußreichen Resultaten. Es wurde bereits hervorgehoben, daß der Grad der politischen Informiertheit und des politischen Beteiligungsbewußtseins mit dem Grad gewerkschaftlicher Organisierung parallel ansteigt. Die demoskopisch meßbare Reaktion der Gewerkschaftsmitglieder auf den scharfen Angriff, den der Bundeskanzler im Bundestagswahlkampf 1953 gegen den damaligen Aufruf des Vorstandes des DGB gerichtet hat, führt zu einer Reihe weiterer Überlegungen. Es ist besonders bemerkenswert, zu sehen, daß ein sehr erheblicher Anteil der Gewerkschaftsmitglieder, die Wähler der CDU sind, trotz dieses Angriffs des Bundeskanzlers auf die Gewerkschaftsbewegung deren Politik weiter für richtig gehalten hat. Bei Konkurrenz zwischen politischem Zugehörigkeitsgefühl zu einer Partei und gewerkschaftlicher Bindung hat sich also in einem erheblichen Teil der Arbeitnehmerschaft die gewerkschaftliche Bindung als stärker erwiesen als der parteipolitische Einfluß. Deshalb ist Reigrotzki zwar darin zuzustimmen, daß eine weltanschauliche und politische „Neutralität“ des DGB weder angebahnt noch erreicht sei. Aber zeigt dies Ergebnis nicht gleichzeitig, daß das Selbstverständnis des DGB, der *nicht politisch „neutral“*, sondern *politisch „unabhängig“*, also auf demokratische Integration und in seiner

Zielsetzung auf Überführung des Rechtsgrundsatzes der sozialen Demokratie in die Wirklichkeit gerichtet sein will, seiner realen Lage und seinen realen Möglichkeiten durchaus angepaßt ist? Leider hat der Verfasser diese Frage nicht gestellt.

Diese Erwägungen können den großen Wert des vorliegenden Buches in keiner Weise beeinträchtigen. Es vermittelt eine Fülle von Einsichten in die gegenwärtige politisch-soziale Struktur der Bevölkerung der Bundesrepublik, die in einer kurzen Rezension nicht im ganzen Umfang wiedergegeben werden können. Das Buch stellt eine der gewichtigsten Bereicherungen unserer politisch-soziologischen Literatur dar. Es sollte in keiner gewerkschaftlichen Bibliothek fehlen.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth

HAMBURGER JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSPOLITIK

Hrsg. von Heinz-Dietrich Ortlieb. 1. Jahr 1956. Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft: Hamburg Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Tübingen, 254 S., Leinen 18,— DM.

Dieses „Hamburger Jahrbuch“ stellt eine Sammlung von Aufsätzen und Berichten namhafter Autoren aus dem Forschungs- und Lehrgebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften dar. Es will einerseits den vorgebildeten Praktiker über den derzeitigen Stand der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion informieren und ihn mit wissenschaftlichem Material versorgen, andererseits aber auch unmittelbar zum praktischen Wirksamwerden der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften beitragen.

Der Leitgedanke dieses Buches, das sich in zwei Teile, Abhandlungen und Berichte, gliedert, ist, daß die Wissenschaft nicht davor zurückschrecken darf, „sich selbst zuweilen in die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu begeben und ihren eigenen Beitrag in eine Form zu gießen, die ihn der Praxis attraktiv und verständlich macht“. Sei doch die Wissenschaft imstande, den Praktiker in Wirtschaft und Politik vor Irrtümern und Fehlentwicklungen zu bewahren. Wirksam werden würde sie in der Praxis durch Stellungnehmen und Bekennen. Ein Wissenschaftler könne das tun, ohne seinen Beruf verleugnen zu müssen, „wenn er nur die Voraussetzungen klarstellt, auf denen sein Urteil und sein Standpunkt ruhen“.

Eine solche Klarstellung wird in mehreren grundsätzlichen Abhandlungen versucht, die den ersten Teil des Jahrbuchs füllen und den Leser einführen und anregen sollen. Die Themen wie „Der Ökonom und die Gesellschaft“ von Prof. Dr. Karl Schiller, „Hochschule und Sozialwissenschaft“ von Prof. Dr. Carl Jantke, „Zukunftsaspekte der industriellen Gesellschaft“ von

Prof. Dr. Helmut *Schelsky*, „Die Gegenwart im Lichte der Marxchen Lehre“ von Prof. Dr. Siegfried *Landshut*, „Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft?“ von Prof. Dr. Heinz-Dietrich *Ortlieb* stehen im Vordergrund dieses Teils, in dem auch eine Reihe weiterer aktueller wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen behandelt werden.

Im zweiten Teil des Sammelwerkes wird der Leser ergänzend über den Stand der Forschung, über den Inhalt mancher bekannter Bücher sowie über die wichtigste Literatur zu verschiedenen Gegenwartsfragen informiert. „Einführung in die Literatur der katholischen Soziallehre“ von Prof. Dr. Oswald v. *Nell-Breuning S. J.*, „Wider den Positivismus in den Sozialwissenschaften — Bemerkungen zu Eduard Heimanns »Theologie der Gesellschaft«“ von Prof. Dr. Erich *Egner*, „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie — Die Grundgedanken des Buches von Joseph A. Schumpeter“ von Prof. Dr. *Ortlieb*, „Staat und Gewerkschaften — Hinweise auf die Problemstellung in neueren Erörterungen“ von Wolfgang *Kessel* sind nur einige der vielen Berichte, die man hier findet.

Die Mannigfaltigkeit der wirtschafts- und sozialpolitischen Problematik, die dieses Sammelwerk zutage bringt und behandelt, beeinträchtigt nicht seine Geschlossenheit. Die Gegenwartsnähe und die wissenschaftliche Exaktheit der Einzeldarstellungen sind Kennzeichen dieses inhaltsreichen Hamburger Jahrbuchs, dem man einen recht breiten Leserkreis wünschen möchte.

Dr. I. Schröder-Brzosiowski

HANS RAUPACH

INDUSTRIALISMUS ALS WIRKLICHKEIT UND WIRTSCHAFTSSTUFE

Sozialwissenschaftliche Abhandlungen, herausgegeben von der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft Wilhelmshaven-Rüstersiel, Heft 1, Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 30 Seiten, Preis 2,50 DM.

Alle Menschen spüren es heutzutage, daß unser gesellschaftliches Koordinatensystem aus den Fugen geraten ist, und manch einer ist darunter, der sich Mühe gibt, es wieder zu zentrieren. Jeder solche Versuch ist wertvoll, selbst wenn er Zielen dient, die anfechtbar erscheinen. *Raupachs* Versuch ist von dieser Art. Es geht ihm dabei zweifellos um eine Klärung unseres Standortes, und nach dem Beispiel *Valerys* beginnt auch er mit einer Bereinigung der verbalen Situation.

Die Begriffe Kapitalismus und Sozialismus sind für ihn überholt. Sie haben heute keine Tragkraft mehr und gehören daher ausgemerzt. Auch sind sie an so vielen Mißverständnissen schuld, daß es verwunderlich er-

scheint, wie sie sich überhaupt so lange halten konnten. Schließlich beschreiben sie nur vermeintliche Epochen der Sozialgeschichte, keine wirklichen. Wenn man sich einmal darüber klargeworden ist, dann fällt es einem wie Schuppen von den Augen.

Nach dem Feudalismus kam kein Kapitalismus, und auf ihn wird auch kein Sozialismus folgen. Das sind Trugbilder, für die zwar Leute wie *Karl Marx*, *Werner Sombart*, *Max Weber* und *Joseph Schumpeter* verantwortlich zeichnen, aber das ist ebenso bedauerlich wie irrelevant. Die Visionen von *Marx* und *Engels* betrafen keineswegs den Sozialismus. Die beiden waren vielmehr vom sozialen Elend ihrer Zeit derart überreizt, daß sie gewissermaßen halluzinierten. Was sie erahnten, war nicht die soziale Epoche der Menschheitsgeschichte, sondern einfach der Industriestaat. Das sogenannte klassische System der Nationalökonomie wird deshalb fälschlich als kapitalistisch bezeichnet. Es sollte besser Industriesystem heißen oder Industrialismus. Nur so kommt man der Wirklichkeit näher.

Das Raupachsche Entwicklungsschema ist da viel einfacher. Mit der Entwicklung der Maschine beginnt das industrielle Zeitalter. Vorher gab's so etwas noch nicht. Das muß doch jedermann einsehen. Und der Kern der neuen Epoche ist der Industriebetrieb. Er ist das Herz unserer Gesellschaftsordnung. Alle Probleme ruhen in ihm. Die sattsam bekannte „soziale Frage“ ist deshalb auch nur in seinem Rahmen zu lösen.

Während sich sogar im ideologiefreien Klima der USA die großen Gewerkschaften CIO und AFL in der Erkenntnis zusammenschlossen, daß eine Lösung der „sozialen Frage“ nicht in zersplitterten Einzelaktionen, sondern nur im gemeinsamen Vorgehen auf breitester Basis zu erreichen ist, versucht man bei uns, die gegenteilige Taktik zu propagieren. Die „soziale Frage“ soll gar nicht gelöst, sondern aus der gefährlichen Klassensphäre in die harmlosere Betriebssphäre umgesiedelt werden. Damit würden die sozialen Errungenschaften eines Jahrhunderts zu einem Objekt einzelbetrieblicher Freistilkämpfe. Sie würden zu einer Art „Wanderpokal“, an dem sich ein Betriebsnationalismus entzünden sollte, der die ruinöse Konkurrenz des Frühkapitalismus in die Arbeiterklasse hineintrüge. Alles weitere könnte man dann wirklich dem berühmten „freien Spiel der Kräfte“ überlassen.

Das sind die eigentlichen Hintergründe, die es aufzudecken gilt, und deshalb lehnen wir den angepriesenen „Industrialismus“ zwar nicht als Wirklichkeit, wohl aber als Wirtschaftsstufe entschieden ab. Wir brauchen kein Trojanisches Pferd. Die alten Gäule „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ sind uns noch feurig genug.

Dr. Johannes Kasnacich-Schmid

JOSEPH H. KAISER

DER POLITISCHE STREIK

Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 38 Seiten, 3,— DM.

Es handelt sich bei der vorliegenden Schrift um die durch Anmerkungen erweiterte Antrittsvorlesung, die der Verfasser als Dozent für öffentliches Recht an der Universität Bonn gehalten hat. Kaiser geht davon aus, daß der Streik einem Krieg innerhalb des Staates entspreche. Es ist für ihn „ein erregendes Schauspiel, zu sehen, wie sich innerhalb der rationalen, perfektionierten Rechtsordnung des modernen Staates ein Bereich geöffnet hat, in dem Interessen kollidieren, für deren Austrag die Rechtsordnung keine geeigneten Mittel bereit hält und deshalb den Kampf zulassen muß“. Das Arbeitsrecht sei wie das Völkerrecht eine bessere Duellordnung, ein unvollkommenes Recht, durch das im Ernstfall nicht verhindert werden kann, daß das Duell stattfindet.

Die Auseinandersetzung der Tarifpartner gewinnt bei dieser Betrachtung den Charakter eines schwelenden Bürgerkrieges, gegenüber dem sich der Staat natürlich nicht neutral verhalten kann. Der politische Streik, da er sich gegen den Staat richtet, wird in jedem Falle zur Revolution. Kaiser läßt zwar mit Blick auf den 17. Juni 1953 und den Kapp-Putsch ein Recht auf politischen Streik, ein Recht auf Revolution als Erscheinungsform des alten, primitiven Rechts auf Selbsthilfe übrig, hält es aber im Grunde für „ebenso illegal wie die Revolution und darum auch mit ihren Risiken behaftet“. Die Absolution des Weltgeistes für alle Gesetzeswidrigkeiten wird nur im Falle des Gelingens erteilt. Die Streikdrohungen und -aktionen zur Mitbestimmung werden scharf verurteilt.

Wer die Voraussetzung, daß der Streik dem Krieg entspricht, übernimmt, wird den Folgen des Autors zustimmen müssen. Aber diese Voraussetzung ist falsch, denn das Ziel der Auseinandersetzung zwischen den Tarifpartnern besteht keineswegs in der Vernich-

tung des Gegners, sondern beide Teile sind gleichzeitig am Wohl ihres Partners interessiert: Die Arbeitnehmer an der Rentabilität des Betriebes ebenso wie die Arbeitgeber an der Zufriedenheit der Belegschaften.

Ganz ähnlich steht es mit dem Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat. Die Gewerkschaften sind in jedem Falle an demokratischen Verhältnissen interessiert, weil nur solche Verhältnisse unabhängige Gewerkschaften garantieren. Dessen sind sich die westdeutschen Gewerkschaften besonders bewußt, weil Hunderte von Gewerkschaftern es persönlich in Konzentrationslagern und in der Emigration erfahren haben, weil man das Beispiel Hitlers direkt hinter sich und das Beispiel Ulbrichts direkt neben sich hat.

Die Möglichkeiten der Gewerkschaften, Druck auf eine demokratische Regierung auszuüben, werden von Kaiser überschätzt. Wenn Parlament und Regierung nicht aus eigenen Stücken den Forderungen der Gewerkschaften entgegenkommen, so läßt sich dies auch durch Streikaktionen nicht erzwingen, wie sich 1952 gezeigt hat. Und zwar sind die Schadensersatzurteile gar nicht so wesentlich für den Fehlschlag des Zeitungsstreiks gewesen. Schlimmer war, daß er dem DGB für lange Zeit eine schlechte Presse und schlechte öffentliche Meinung einbrachte. Diese natürliche Bremse des politischen Systems ist wirkungsvoller als alles, was der Staatsrechtler künstlich in die Rechtsordnung einbauen kann. Daher ist auch die Gefahr gering, daß die Gewerkschaften durch einen Generalstreik die Regierung stürzen könnten. Es ist überhaupt nur möglich, wenn ihr jede Rechtmäßigkeit fehlt wie im Falle Kapp, weil sonst die Gewerkschaftsmitglieder nicht folgen würden. Die Forderungen an die mit Hilfe der Gewerkschaften damals wieder eingesetzte rechtmäßige Regierung, über die der Verfasser sich aufhält, ließen sich übrigens so wenig erzwingen wie nur je, denn die Gewerkschaften können unmöglich den Staat in eigene Regie übernehmen.

Ein Beispiel für extreme Schlüsse aus extremen Voraussetzungen. Cui bono?

Dr. Rupert Breitling